



CHRISTOPH KREUTZMÜLLER
BJOERN WEIGEL

BERLIN

IM NATIONALSOZIALISMUS

ABRISS

EINER STADTGESCHICHTE

BeBra Verlag

CHRISTOPH KREUTZMÜLLER
BJOERN WEIGEL

BERLIN
IM NATIONALSOZIALISMUS
ABRISS
EINER STADTGESCHICHTE

BeBra Verlag

INHALT

VORSICHT 6

BERLIN – ABRISS EINER STADTGESCHICHTE

AM SCHREIBTISCH 17

NATIONALSOZIALISTEN AN DEN SCHALTSTELLEN
DER MACHT

AM REISSBRETT 35

ZERSTÖRUNG NACH PLAN

AUF DER STRASSE 55

KAMPF, KONTROLLE, KOMMUNIKATION

ZU HAUSE 83

WOHNEN IN BERLIN

IM BETT 101

SCHLAF UND BEISCHLAF, „ZUCHT“ UND „UNZUCHT“

IM SAUSTALL 119

GÜNSTLINGSWIRTSCHAFT, PRIVILEGIEN
UND KORRUPTION

AN DER WERKBANK 131

PRODUKTION, ARBEIT UND ARBEITSALLTAG

AN DER KASSE 151

HANDEL, KONSUM UND VERZICHT

AN DER THEKE 171

GASTWIRTSCHAFTEN, RAUSCH UND ÜBERWACHUNG

AUF DEM PLATZ 191

FEIERN UND RITUALE, GEMEINSCHAFTSERLEBNIS
UND AUSSCHLUSS

AUF DER BÜHNE 207

KUNST, KULTUR UND MEDIEN VOR UND HINTER DEN KULISSEN

AUS DER DUNKELKAMMER 229

BILDER AUS BERLIN

AM DRÜCKER 249

BERLINER IM EINSATZ

IM LAGER 267

ZWANGSORTE IN, FÜR UND AUS BERLIN

IM KELLER 287

LEBEN UND ÜBERLEBEN AM ENDE DER NS-ZEIT

NACHSICHT 303

DIE FOLGEN

ANHANG 309

PERSONENREGISTER 321

SACH- UND ORTSREGISTER 323

LITERATURVERZEICHNIS 327

BILDNACHWEIS 334

DANK 335

IMPRESSUM 336

VORSICHT

BERLIN – ABRISS EINER STADTGESCHICHTE

Was für eine Entwicklung: In zwölf Jahren und vier Monaten avancierte Berlin von einer pulsierenden Weltstadt zum Herzen der Finsternis und sank dann, wie Bertolt Brecht formulierte, zum „Schutthaufen bei Potsdam“.¹ In fünfzehn Kapiteln umreißt dieses Buch die Geschichte Berlins in jener Zeit. Wir, die Autoren, wollen keine abstrakte Abhandlung, sondern eine konkrete Geschichte dieses „Monsters“ (Kai-Uwe Merz) jenseits der zu Chiffren erstarrten, allseits bekannten „großen“ politischen Ereignisse schreiben.² Was passiert also, wenn „große Geschichte“ auf eine Stadtgesellschaft trifft? Wer in dieser Gesellschaft macht „Geschichte“, wer profitiert von ihr, leidet unter ihr, arrangiert sich mit ihr? Wie tragen eine Stadt und ihre Gesellschaft dazu bei, inwiefern sind sie ihr Initiationspunkt, ihr Ziel oder ihr Opfer? Und wie manifestieren sich nationalsozialistische Ideologie und Herrschaftspraxis letztlich in der Stadt und durch die Stadt, die Jens Bisky feinzünftig eine „große Stadt“³ nannte?

Ausgangspunkt unseres Abrisses der Stadtgeschichte sind idealtypische öffentliche, halböffentliche und private Orte, vom Bett bis zum Reißbrett. Anhand dieser Orte entwickeln wir, wie nationalsozialistische Ideologie und Herrschaftspraxis auf und durch die Berliner*innen wirkten.

Im Kapitel „Am Schreibtisch“ analysieren wir die Verwaltung Berlins in der Gemengelage zwischen Reichs- und Preußischer Hauptstadt, Rotem Rathaus und Bezirksämtern sowie im Gau eines ambitionierten Propagandaministers. Im folgenden Kapitel beschreiben wir, wie Berlin „am Reißbrett“ neu geplant wurde. Die Pläne manifestierten sich in antisemitischer Politik und der Zerstörung von Lebensräumen – nur gebaut wurde so gut wie nichts. Die realen Hinterlassenschaften der nationalsozialistischen Reißbrettspolitik bestehen gerade nicht in den vielgezeigten Architekturmodellen, sondern im Abriss ganzer Stadtviertel und in der Schaffung von Zwangsräumen.

„Auf der Straße“ beleuchtet einerseits den Verkehrsweg, den – so die seinerzeitige Wahrnehmung – modernen Verkehrsweg. Die Straße war jedoch mehr als das: Sie war ein Symbol. Auch wenn die Machtübergabe an Adolf Hitler in den Hinterzimmern des Regierungsviertels an der Wilhelmstraße eingefädelt worden war, nahmen die Nationalsozialisten für sich in Anspruch, sie in heldenhaften Straßenschlachten erobert zu haben. Dem Fackelmarsch der SA durch das Brandenburger Tor am 30. Januar 1933 folgte der Terror – nun jedoch nicht mehr als bürgerkriegsähnlicher Krawall einer lautstarken Opposition wie seit 1930, sondern in staatlichem Auftrag. Fahrbahnen und Gehsteige wurden zu Gewalträumen, später zu Paradestrecken und am Ende zum Schlachtfeld.

In der Stadt, insbesondere in der Innenstadt, waren die Straßen von Häusern gesäumt. Diese nehmen wir im vierten Kapitel in den Blick. Wie wohnten die Berliner*innen? Welche sozialen Unterschiede waren bereits gleichsam in Stein gemeißelt und was veränderte sich im Nationalsozialismus? Wer hatte überhaupt eine Wohnung oder gar ein eigenes Zimmer, wer einen Kühlschrank oder ein Telefon? Und wie wurden die Häuser überwacht? „Im Bett“

nimmt diesen Faden auf. Wir betrachten, wer wo schlief, konstatieren, dass Schlaflosigkeit kein neues Phänomen ist, skizzieren die von den Nationalsozialisten geforderte und geförderte Rollenteilung zwischen Männern und Frauen und berichten über Sex zwischen Angst und Ausbeutung, Zärtlichkeit und „Pflichterfüllung“.

„Im Saustall“ beschreibt, wie die Partei, die mit dem Versprechen „aufzuräumen“ angetreten war, binnen kürzester Zeit im Korruptionssumpf versank. Korruption war ein „Strukturmerkmal der NS-Bewegung“.⁴ Mit der Gewaltenteilung und dem unabhängigen Journalismus waren die Gegenpole verschwunden. Der Austausch weiter Teile der Stadtverwaltung führte rasch zur Etablierung großer NS-Seilschaften in den Behörden. Da sich die Partei auf nachgerade landsknechtartiger Kameraderie und bedingungsloser persönlicher Gefolgschaft gründete, hielten diese Seilschaften teils bis nach 1945 zusammen und deckten einander. Das – auch von Goebbels geteilte – Verständnis, dass die Parteimitglieder nach jahrelangem Kampf eine Belohnung verdient hätten, diente dabei als willkommene Rechtfertigung. Die Partei hatte das „rote Berlin“ erobert, nun stand ihr auch eine Kriegsbeute zu. Reiche Beute versprach insbesondere die Ausplünderung der Jüdinnen und Juden. Sie wurde zum Kristallisationspunkt der Korruption.

„An der Werkbank“ analysiert, wie Berlin zum wichtigsten Rüstungsstandort ausgebaut wurde, während die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) alles daransetzte, die Berliner Arbeiter*innenschaft zu „atomisieren“. Tarifverträge und Betriebsvereinbarungen wurden immer weiter ausgehöhlt und Solidarität wich dem Misstrauen. Nachdem das NS-Regime anfangs bezahlte Frauenarbeit bewusst zurückgedrängt hatte, musste es sich schließlich auf die Frauen als Ressource besinnen, weil die Männer im selbst herbeigeführten Krieg gebraucht wurden. Parallel dazu wurden aber auch immer mehr Zwangsarbeiter*innen in den Betrieben eingesetzt. Die gut bezahlten Funktionäre der auf den Trümmern der freien Gewerkschaften aufgebauten Deutschen Arbeitsfront (DAF) predigten, um hier den von den Nationalsozia-

listen verhassten Heinrich Heine anzuführen, derweil Wasser und tranken Wein. Woher dieser Wein kam und was in Berlin von wem zu kaufen war, wird im Kapitel „An der Kasse“ beleuchtet. Die einseitige Fokussierung auf Rüstungsgüter führte in der Stadt schon 1935 zu Lieferengpässen bei Grundnahrungsmitteln. 1939 wurden Nahrungsmittel und Kleidung endgültig rationiert. Wer wie viel wovon bekam, hing von rassistisch definierter Zugehörigkeit und Leistungsfähigkeit ab. Der Markt wurde zunehmend zum Schwarzmarkt und Berlin, wie es Malte Zierenberg formuliert hat, zur „Stadt der Schieber“.⁵

„An der Theke“ betrachtet Kaffeehäuser, Bars und Kneipen. Auch wenn Sturmlokale ein Markenzeichen der NSDAP waren, setzte 1933 ein nie dagewesenes Kneipensterben ein. Die Kaffeehauskultur verödete derweil. Aus Angst vor dem Heimweg in der Dunkelheit und vor Denunziationen blieben die Berliner*innen immer häufiger zu Hause. Dort tranken sie statt des dünnen Schankbiers Wein und Schnaps aus den ausgeplünderten besetzten Gebieten.

„Auf dem Platz“ zeigt, wie mittels einer Ritualisierung der Menschen Räume homogenisiert wurden: Militarisierung in HJ und Schule, ein regelrechter NS-Feierkalender, der für seine Rituale verschiedene Plätze beanspruchte, Führerkult auf dem Fußballplatz, Heldenverehrung auf dem Aufmarschplatz – und Strammstehen auf dem Appellplatz, vor allem für die Ausgeschlossenen.

„Auf der Bühne“ stand derweil eine Vielfalt der Angepassten. Es wurde Kunst präsentiert, die in der Regel nicht den Anstoß der Herrschenden erregte, weil bereits die Künstler*innen zu denjenigen gehörten, die nicht aus politischen oder rassistischen Motiven ins Visier des Propagandaministeriums oder einer der zahlreichen anderen Stellen gekommen waren. Perfide Finanzierungssysteme sorgten zudem dafür, dass Rassismus und Ideologie bestens mit kapitalistischer Wirtschaftsordnung im Kulturleben harmonierten – und somit Berlin zur Bühne für die großen Bilder nationalsozialistischer Selbstdarstellung werden konnte, noch bevor Zensur und Terror ein Übriges taten, jede Art von Kunstfreiheit einzuschränken. Dass dabei Werke entstanden,

die keinesfalls nur mit dem Schlagwort „Propaganda“ abzutun sind, wird in diesem Kapitel ebenfalls deutlich. Etwas quergelagert ist das Kapitel „Aus der Dunkelkammer“. Hier analysieren wir, wer welche Fotos in Berlin schoss und dekonstruieren das bis heute äußerst wirkmächtige Bild, das die nationalsozialistische Propaganda hinterließ.

Ein Kapitel, das den Rahmen dieses Buchs scheinbar sprengt, ist „Am Drücker“. Hier verlassen wir (teilweise) die Grenzen Berlins und schauen uns an, was Berliner als Soldaten und Polizisten in den besetzten Gebieten getan haben. Im Gegensatz zu den allermeisten Büchern über Berlin im Nationalsozialismus wollen wir damit auf die Urheberschaft des Deutschen Reichs, auf das Schicksal sowie die ausführende Verantwortung Berliner Polizisten und Soldaten im Hinblick auf Krieg und Verbrechen hinweisen. Bevor der Krieg 1943 endgültig nach Berlin kam, ging er von Berlin aus – und das nicht erst 1939. Genau diese Erzählung führt das Kapitel „Im Lager“ fort. Lager sind Zwangsorte, die konstitutiv für die nationalsozialistische Herrschaftspraxis sind – und zwar im gesamten Zeitraum von 1933 bis 1945. Dabei gilt für Berlin die Besonderheit, dass es sowohl Lager *in* der Stadt gab, als auch welche *für* die Stadt und wiederum andere, die *von* der Stadt aus geplant und verwaltet wurden, sich aber fernab von Berlin im deutschen Machtbereich befanden. Hierzu gehören unter anderem die Mordstätten des Holocaust und des Porajmos.

Die NS-Herrschaft endete buchstäblich „Im Keller“. Das Ende des nationalsozialistischen Regimes kam erst mit seiner totalen militärischen Niederlage. Sinnlose Durchhaltebefehle aus dem „Führerbunker“ und das Leben vieler Berliner*innen im Luftschutzkeller stehen dabei den verzweifeltsten Überlebensstrategien von Untergetauchten in ihren Verstecken gegenüber. Gemeinsam haben sie alle, dass der Keller erst wieder verlassen werden konnte, nachdem Berlin kapituliert hatte. Die einen kamen nur noch tot heraus. Anderen drohten Bestrafung oder Kriegsgefangenschaft, wieder andere wurden vom Terror der Nationalsozialisten befreit – auf alle Überlebenden wartete jedoch eine ungewisse Gegenwart.

Die Auswahl war nicht einfach: Kolleg*innen und Freund*innen rieten uns, diese und jene Orte hinzuzunehmen oder wegzulassen. Oft haben wir die Anregungen aufgenommen, manchmal mussten wir mit Blick auf die Länge dieses Buches darauf verzichten. Mit der vorliegenden Auswahl hoffen wir einen umfassenden Überblick über die soziologische Geografie der vielfach fragmentierten Stadtgeschichte geschaffen zu haben. Eine unserer Entscheidungen bedarf aber vielleicht der Erklärung: Wir haben der Verfolgung der Jüdinnen und Juden sowie der Sinti*zze und Rom*nja sowie alljener, die wir heute als LGBTQ oder aber als körperlich oder geistig Eingeschränkte betrachten, kein eigenes Kapitel gewidmet. Warum nicht? Nun, die Verfolgten waren Berliner*innen. Ihre Verfolgungsgeschichte ist also Teil der Stadtgeschichte. Sie muss sich allerorten und nicht in einem einzigen Kapitel abbilden. Da wir einen Verfolgungszusammenhang beschreiben (müssen), sind wir allerdings gezwungen, den Definitionen bzw. der konkreten Verfolgungspraxis der Nationalsozialisten ein Stück weit zu folgen. „Jude“ sagt also beispielsweise in unserem Zusammenhang nur wenig über die Identität der Betroffenen aus, sondern heißt vor allem „als Jude verfolgt“. Gleiches gilt auch für die Verfolgten aller anderen Gruppen und auch eingedenk der Tatsache, dass sich die individuellen Opfer der Verfolgung mitunter gar nicht als Teil einer Gruppe wahrgenommen oder gefühlt haben.

Eine Bemerkung noch zur Statistik: Wenn wir es nicht anders kennzeichnen, entstammen unsere Zahlenangaben dem 1947 vom Statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegebenen Band „Berlin in Zahlen 1945“. Trotz aller Auslassungen und Schwierigkeiten sind die hier niedergelegten Angaben in der Regel zuverlässig.

Ausgangspunkt eines jeden Kapitels ist ein Foto oder ein fotografiertes Objekt. Es verweist auf eine Situation, ein Ereignis, eine Persönlichkeit oder eine Wegmarke. Doch was man sieht, verweist auch immer auf das, was im Verborgenen liegt. So dienen die Fotos und Objekte nicht nur als Ausgangspunkt dafür, Fragen zu beantworten, sondern auch dafür, Fragen zu stellen. Wir zeigen und analysieren das Sichtbare, fragen dabei jedoch nach Leer- und Fehlstellen, nach Unsichtbarem und Unbekanntem. Entgegen der landläufigen Überzeugung, über den Nationalsozialismus sei schon lange alles gesagt, müssen und können wir feststellen, dass wir vieles noch nicht – oder nicht mehr wissen. Geschichte zu schreiben ist immer ein fortlaufender Prozess. Wissen geht verloren und wird wiedergefunden. Eine jede Zeit stellt neue Fragen. Schlussstriche zu ziehen ist auch in diesem Sinne einfach Quatsch.

Als einführendes Objekt für die Einleitung haben wir unser Titelbild gewählt. Bei diesem Foto handelt es sich um die leicht beschnittene Version eines Fotos, das am Morgen des 28. Februar 1933 aufgenommen wurde. Es ist im Bundesarchiv überliefert, jedoch kursieren andere, teilweise stark retuschierte Versionen derselben Aufnahme. Das vorliegende Foto scheint uns am nächsten am Original zu sein.⁶

Das Bild zeigt eine Gruppe von Menschen, darunter einen Schutzpolizisten (Schupo), die auf das Reichstagsgebäude schaut. Dass dieses in der Nacht zuvor ausgebrannt ist, sieht man allerdings nicht: kein Feuer, keine Rauchschwaden, keine Beschädigungen und keinen der 15 Feuerlöschzüge, die noch bis 0:25 Uhr gegen die Flammen gekämpft hatten. Stattdessen sind links ein Lastwagen und eine Straßenbahn im Hintergrund zu sehen, rechts mehrere Fahrradfahrende und im Zentrum – hinter einem Haufen zusammengekehrten Schnees – überwiegend männliche Personen, die das deutsche Parlamentsgebäude anschauen, das – würde man den Kontext nicht kennen – auch einfach eine winterliche Touristenattraktion sein könnte.



Blick auf das Reichstagsgebäude am Morgen des 28. Februar 1933. Foto entweder von Helmut Hoffmann oder Hans Schaller, überliefert im Bundesarchiv. Im Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz ist das gleiche Foto zu finden, jedoch am linken Rand stärker beschnitten, während es am rechten Rand aber das Brandenburger Tor zeigt. In zeitgenössischen Publikationen (und im Netz) kursiert dieses Foto auch in einer stark retuschierten Version, auf der Rauch aus dem Reichstagsgebäude quillt.

VORSICHT

Einige Menschen auf dem Foto führen Gespräche und es ist sehr wahrscheinlich, dass auch sie sich fragten, wer das Feuer gelegt hatte, das am 27. Februar 1933 gegen 21 Uhr den Feueralarm auslöste. Dass es Brandstiftung war, erwies sich schon beim Löschen der zahlreichen Brandherde, deren Flammen den Sitzungssaal komplett vernichteten. Wer allerdings der oder die Brandstifter waren, ist bis heute umstritten, letztlich aber auch nicht entscheidend. Es waren die Nationalsozialisten, denen der Brand am meisten nützte.⁷ Hermann Göring, bereits seit August 1932 Reichstagspräsident, witterte noch vor Ort den „Beginn des kommunistischen Aufstandes“, Hitler selbst eilte herbei und stellte klar, wie das Ereignis genutzt werden sollte: „[W]er sich uns in den Weg stellt, wird niedergemacht. [...] Die kommunistischen Abgeordneten müssen noch in dieser Nacht aufgehängt werden. [...] Auch gegen Sozialdemokraten und Reichsbanner gibt es jetzt keine Schonung mehr.“⁸

Der Reichstagsbrand wurde zum Fanal der Weimarer Demokratie und ein entscheidender Markstein auf dem Weg in die NS-Diktatur. Bereits in derselben Nacht fanden besonders in Berlin Verhaftungen statt, am nächsten Tag erließ der greise Reichspräsident Hindenburg die Reichstagsbrandverordnung.⁹ Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) war also noch nicht einmal einen Monat in der Regierungsverantwortung, als der Bevölkerung Deutschlands eine der wesentlichen Errungenschaften der Weimarer Republik, nämlich garantierte Grundrechte, faktisch genommen wurde. Formell blieb die Weimarer Reichsverfassung zwar bis zum 8. Mai 1945 in Kraft, allerdings als wertloses Stück Papier. Während die gegenüber dem Reichstag stehende Kroll-Oper als provisorischer Parlamentssitz hergerichtet wurde, fanden am 5. März 1933 Reichstagswahlen statt. Trotz der auf Hochtouren laufenden Aushöhlung der Demokratie verfehlte die NSDAP mit 43,9 Prozent der Stimmen die angestrebte absolute Mehrheit und damit das demokratische Votum zur Alleinherrschaft. In Berlin war es noch deutlicher: 34,6 Prozent der Berliner*innen gaben der NSDAP ihre Stimme, was jedoch reichte, um auch in der Hauptstadt

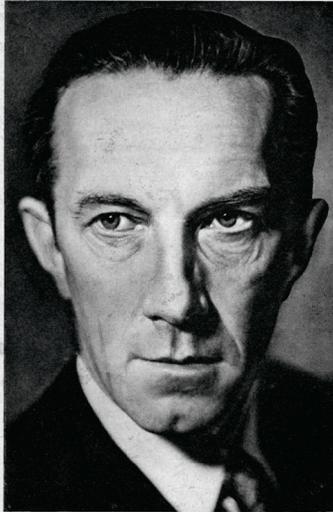
stärkste Kraft zu werden.¹⁰ Am 21. März trat das neu gewählte Parlament erstmals in der Kroll-Oper zusammen – nun bereits unter einer riesigen Hakenkreuzflagge. In ihrer zweiten Sitzung am 23. März verabschiedeten die Abgeordneten das Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich, das als „Ermächtigungsgesetz“ in die Geschichte einging.¹¹ Die Parlamentarier*innen hatten sich selbst entmachtet, gaben Hitler diktatorische Vollmachten und begruben die Demokratie. Lediglich die Sozialdemokraten stimmten mit „nein“, jedoch waren 26 SPD- und alle 81 KPD-Abgeordneten bereits verhaftet oder auf der Flucht. Knapp vier Monate darauf erklärte ein Gesetz die NSDAP zur einzigen Partei Deutschlands. Der Reichstag verkam zur Kulisse für Auftritte Hitlers und tagte immer seltener – zum letzten Mal am 26. April 1942. Das Reichstagsgebäude wurde derweil wiederhergerichtet und diente unter anderem als Ausstellungsgebäude. So wurde hier im November 1938 die antisemitische Propagandaausstellung „Der Ewige Jude“ in Berlin gezeigt.

„Ick kann ja nich so ville fressen, wie ick kotzen möchte.“ Mit diesem vielzitierten Satz hatte der bedeutende impressionistische Maler Max Liebermann die Machtübernahme der Nationalsozialisten kommentiert, die er direkt vor seiner Haustür miterleben musste. Er wohnte am Brandenburger Tor. Von dort hätte der 86-jährige Ur-Berliner auch den brennenden Reichstag sehen können. Zu wenige – Berliner*innen und Deutsche – zeigten in der NS-Zeit Courage wie Liebermann, der sich jeder Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten verweigerte. Als Jude hätte ihn allerdings auch diese nicht vor Terror und Vernichtung geschützt. Liebermann starb 1935 und seine Totenmaske nahm ausgerechnet ein bedeutender Künstler ab, der sich den Nationalsozialisten andiente und dafür mit Staatsaufträgen überhäuft wurde: Arno Breker. Hitlers Lieblingsbildhauer, seit 1937 NSDAP-Mitglied, hinterließ ebenfalls sichtbare Spuren in Berlin. Seine heroischen Sportler-Plastiken, die den optischen Stil des Nationalsozialismus prägten, stehen noch heute am Olympiastadion. Das alles mahnt zur Vorsicht: Im Spannungsfeld zwischen Liebermann und Breker – und sämtlichen Grautönen dazwischen – bewegt sich daher unser „Abriss einer Stadtgeschichte“.

Ein Gruß an die Berliner

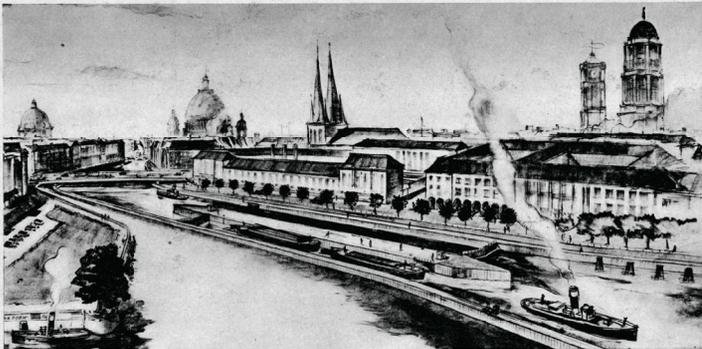
von Oberbürgermeister und Stadtpräsident Dr. Julius Lippert

„Ich nehme die 700-Jahresfeier der Reichshauptstadt gern zum Anlaß, allen Berliner Volksgenossen meine Grüße zu übermitteln und ihnen zu danken für die seit der Machtübernahme bewiesene Treue und vorbildliche Mitarbeit bei dem Wiederaufbau unserer Heimatstadt. Mit Stolz wollen wir besonders in diesem Jahr auf die ruhmreiche Geschichte Berlins zurückblicken und uns mit dem gleichen Stolz unserer Heimat Berlin rühmen, uns aber auch dessen bewußt sein, daß diese schöne Heimat auch verpflichtet. Wir müssen sie hegen und pflegen wie ein köstliches Juwel,



das uns von unseren Vorfahren überkommen ist, damit wir es glänzender und in besserer Gestalt in die Hände unserer Kinder und Kindeskinde legen. Daß der Führer in diesem Streben eine seiner hauptsächlichsten innerpolitischen Zielsetzungen erblickt, weiß jeder Berliner. Alle Bemühungen in dieser Richtung können sich aber nur dann voll auswirken, wenn sie von der gesamten Bevölkerung freudig bejaht werden. Deshalb erbitte ich von den Berlinern auch bei der 700-Jahresfeier ein offenes Herz für ihre Heimat Berlin und eine recht rege Anteilnahme an den Veranstaltungen im Monat August.

Dr. J. Lippert



Die Umgestaltung der Berliner Innenstadt, wie sie unter Oberbürgermeister Stadtpräsident Dr. Lippert durchgeführt wird.

Ein neuer Schmuck des alten Spree-Ufers: Das Rolandufer.

Überragt von der Stoppel des Schlosses und des Domes, den Türmen von St. Nikolai, dem Rat- und Stadthaus, ist eine herrliche Anlage im Entstehen. Im Hintergrund: Die Rüchsenbäume, Berlins älteste Weide, rechts die schöne neue Mühl- und die holländischen Verwaltungsgebäude. Im Vordergrund die riesigen Doppellamern der künftigen Schleife, durch die nach Fertigstellung des Mittellandkanals 1000-Tonnen-Schiffe vom Rheinland bis zur Obere gelangen können.
Zeichnung: Grimmeck

AM SCHREIB- TISCH

NATIONALSOZIALISTEN AN DEN SCHALTSTELLEN DER MACHT

1937 feierte Berlin sein 700-jähriges Bestehen. Das Jubiläum selbst war eine nationalsozialistische Konstruktion: Es bezog sich auf die erste urkundliche Erwähnung Cöllns an der Spree 1237, ein Stadtgründungsdokument existiert bekanntlich gar nicht. Zur 700-Jahr-Feier gab die auflagenstarke *Berliner Illustrierte* [sic!] *Zeitung* ein Sonderheft heraus. Auf den ersten drei Seiten wurde Adolf Hitler präsentiert. Die Fotos zeigten den „Bauherrn des neuen Deutschland [sic!] und des neuen Berlin“ am Zeichentisch zusammen mit dem Architekten Albert Speer. Auf den nächsten Seiten wurden Hermann Göring als preußischer Ministerpräsident und Reichsluft-

Eher eine Mahnung als ein Gruß: Beitrag von Oberbürgermeister Julius Lippert zur 700-Jahr-Feier Berlins, *Berliner Illustrierte*, Sonderheft 1937

fahrtminister in seinem neuen Ministerium in der Wilhelmstraße und Gauleiter Joseph Goebbels als Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda (RMVP) am Wilhelmplatz in Szene gesetzt. Selbst Innenminister Wilhelm Frick bekam seine Seite und mit ihm das Ministerium am Königsplatz unweit vom Reichstagsgebäude (heute Platz der Republik). Erst danach wurde dem Oberbürgermeister und Stadtpräsidenten Berlins Platz eingeräumt. Julius Lipfert verband seinen „Gruß an die Berliner“ mit der Mahnung, sich an den Feierlichkeiten zu beteiligen, und wartete mit seinem eigenen Projekt zur „Umgestaltung der Berliner Innenstadt“ auf.

Unversehens deutet sich hier auf wenigen Seiten die Gemengelage von Führungs-, Durchsetzungs- und Gestaltungsansprüchen der verschiedenen politischen Akteure an, welche die Geschichte Berlins in der Zeit des Nationalsozialismus prägten und im Fokus dieses Kapitels stehen. Berlin war ja nicht irgendeine Gemeinde, sondern sowohl die Hauptstadt des Deutschen Reiches als auch von Preußen, seinem größten Bundesstaat. In Berlin standen sowohl die Schreibtische der Ministerien als auch der Lokalverwaltung. Das war schon vor 1933 so gewesen. Nun aber wurden allzu viele Schreibtische zum Verfassen, Versiegeln und Verteilen von mörderischen Anordnungen genutzt und damit im übertragenen Sinne zu Tatorten.

HAUPTSTADT UND VERWALTUNG

Berlin hatte bis in das 18. Jahrhundert hinein das Dasein einer eher randständigen Residenz gefristet und war am Ende des langen 19. Jahrhunderts dann rasend schnell gewachsen – ohne dass die politischen Strukturen dem Wachstum angepasst wurden. Erst der Untergang des Kaiserreichs eröffnete die Chance einer grundlegenden Neuordnung. Per Gesetz wurden 1920 acht Städte, 59 Landgemeinden und 27 Gutsbezirke zu einer Gemeinde mit 20 Bezirken zusammengefasst. Mit 3,85 Millionen Einwohnern war die drittbevöl-

kerungsreichste Stadt der Welt entstanden, die unbestrittene Kulturmetropole der jungen Republik und Schauplatz blutiger politischer Auseinandersetzungen. Der Zusammenschluss bot die Möglichkeit einer raumgreifenden Infrastrukturpolitik. Die Verwaltungsstrukturen blieben jedoch durch das schwierige Nebeneinander von Zentralverwaltung und Bezirken geprägt. Daran änderte sich auch nichts, als im März 1931 die Rolle des Oberbürgermeisters deutlich gestärkt, die Macht des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung hingegen beschnitten wurde.

Zu dieser Zeit hatten sich bereits ernste Krisensymptome gezeigt. Um die Infrastrukturmaßnahmen zu finanzieren, hatte sich die Stadt tief verschuldet. Zudem war das Vertrauen in die Lokalpolitik und das demokratische System durch mehrere Bestechungs- und Betrugsskandale erschüttert worden. In seiner Wirkung wohl kaum zu überschätzen war im Herbst 1929 der von heftigen antisemitischen Attacken begleitete Skandal um die Gebrüder Sklarek, die sich durch die Bestechung von Beamten eine monopolartige Stellung bei der Belieferung der Stadt mit Kleidung erschlichen hatten.¹ In der Folge musste der langjährige Oberbürgermeister Gustav Böß sein Amt niederlegen, obgleich seine persönlichen Verfehlungen marginal waren. Nach einem Intermezzo wurde Heinrich Sahn, der parteilos war, aber der konservativ-antisemitischen Deutsch-Nationalen Volkspartei (DNVP) nahestand, am 14. April 1931 zum neuen Oberbürgermeister gewählt. Infolge der äußerst angespannten Haushaltslage und der Notverordnungen waren dessen Gestaltungsspielräume jedoch gering.

Unterdessen grassierte die Arbeitslosigkeit. Die politischen Konflikte, welche die Endphase der Weimarer Republik prägten, eskalierten. Sie wurden in der Reichshauptstadt mit besonderer Härte geführt und machten vor der städtischen Verwaltung nicht halt. Immer häufiger musste sich Sahn mit dem Problem befassen, wie mit den Nationalsozialisten umgegangen werden sollte – und er erwies sich dabei als Taktierer. Auf die Frage des aufsichtführenden Oberpräsidenten, wann er gegen die Mitarbeiter*innen eines Bezirksamts, die eine nationalsozialistische Betriebszelle gegründet

hatten, einschreiten wolle, antwortete Sahm Anfang 1932, dass er erst handeln werde, wenn diese Menschen sich „agitatorisch und nach außen betätigen“.² Dass bereits die Gründung einer Betriebszelle als agitatorischer Akt mit Wirkung nach außen intendiert war, übersah er dabei geflissentlich.

Bei der Wahl zum Preußischen Landtag am 26. April 1932 wurde die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) zur stärksten Kraft. Die daraus entstehende Pattsituation – NSDAP und KPD verfügten jeweils über eine Sperrmajorität – nutzte der seit sieben Wochen amtierende, erkonservative Reichskanzler von Papen aus, erklärte am 20. Juli 1932 die demokratische Landesregierung für abgesetzt und sich selbst zum Reichskommissar von Preußen. Im Zuge des Papen-Putsches wurden rund 100 Spitzenfunktionäre der preußischen Verwaltung entlassen. Gleichzeitig wurden diejenigen Beamten amnestiert, die aufgrund ihrer Agitation für die NSDAP zuvor suspendiert worden waren.³

STRUKTUREN DER MACHT

Alles in allem zog Franz von Papen wenig Nutzen aus seiner Kontrolle über Preußen und machte sogar den Weg dafür frei, dass Hermann Göring am 30. Januar 1933 zum Reichskommissar für das preußische Innenministerium ernannt wurde. Im Zuge der Implementierung des Reichsstatthaltergesetzes trat Papen am 7. April 1933 als Reichskommissar von Preußen zurück. So konnte Hitler Göring ohne jedwede Einschränkung zum Preußischen Ministerpräsidenten und Innenminister ernennen. Freilich hatte Göring schon zuvor über umfangreiche Gestaltungsspielräume verfügt, die er konsequent im Sinne des Ausbaus der Machtstellung des Regimes genutzt hatte. „In Preußen wird aufgeräumt“, titelte die NS-Parteizeitung *Der Angriff* so bereits am 13. Februar 1933.⁴ Im Zuge eines großen Revirements tauschte Göring Ende Februar 1933 die Oberpräsidenten aller zehn preußischen Provinzen aus. In der Provinz Berlin-Brandenburg wurde anstelle des ehemaligen Oberbürgermeisters

von Charlottenburg, Adolf Maier, der NS-Gauleiter von Brandenburg, Wilhelm Kube, Oberpräsident. Es kennzeichnet Kubes Amtsauffassung, dass er im Juni 1933 vor der „Gefahr“ warnte, dass insbesondere die neu hinzugekommenen Parteigenossen zu „objektiven Beamten“ werden könnten.⁵

Im Februar 1933 setzte Göring auch die Polizeipräsidenten der wichtigsten preußischen Städte ab und ernannte statt ihrer überwiegend NSDAP-Kader, die sich zum großen Teil mit hohen Offiziersrängen schmücken konnten. In Berlin wurde der ehemalige Konteradmiral Magnus von Levetzow zum neuen Chef von rund 21 000 Polizisten. Dieser Schritt kam überraschend und bedeutete wohl eine Niederlage für Gauleiter Joseph Goebbels, der den Berliner SA-Chef Wolf Graf von Helldorff favorisierte. Doch Levetzow konnte als ehemaliger Marineoffizier und Vertrauter Kaiser Wilhelms II. als Galionsfigur für das nationaldeutsche Lager gebraucht werden. Sein bei der Amtsübernahme formuliertes Ziel, dafür zu sorgen, „dass Ruhe und Ordnung in der Reichshauptstadt herrschen, Sauberkeit, Zucht und Sitte“, konnte er allerdings nicht einlösen, nicht zuletzt weil Göring den Bock zum Gärtner gemacht und SA-, SS- und Männer des reaktionären Wehrverbandes Stahlhelm zu Hilfspolizisten ernannt hatte. Ihnen musste der mit dem Amt ohnehin heillos überforderte Levetzow auf Görings Geheiß hin freie Hand lassen.⁶

Die SA war von den jahrelangen politischen Kämpfen so aufgeputscht, dass sie kaum gestoppt werden konnte. In dieser bedrohlichen Stimmung fanden am 12. März die preußischen Kommunalwahlen statt. In Berlin erhielt die NSDAP mit ihrem Koalitionspartner, dem Kampfbund Schwarz-Weiß-Rot, nur eine denkbar knappe Mehrheit. Das Wahlergebnis gleichwohl als Legitimation nutzend, griff Göring am 13. März direkt in die Zentralverwaltung ein. Mit Ausnahme des Oberbürgermeisters entließ er sämtliche Mitglieder des Magistrats. Auch die Stadträte wurden in der Regel durch NSDAP-Kader ersetzt.⁷ Überdies setzte Göring am selben Abend Julius Lippert als Kommissar zur besonderen Verwendung – d. h. als Sonderbevollmächtigten für die Stadt Berlin – ein. Lippert hatte wenige Stunden zuvor – von der SA „nachdrücklich unterstützt“

- Sahms Büro überrannt, um die Forderungen der NSDAP-Fraktion in der Stadtverordnetenversammlung „zu überbringen“. ⁸ Nun sollte er dafür sorgen, dass die Verwaltung „in allen ihren Teilen, sowohl in der Zentrale wie in den Bezirken, voll und ganz nach den Grundsätzen und im Geiste der Regierung der nationalen Erhebung geführt wird“, wie das Preußische Innenministerium dem Oberbürgermeister mitteilte. ⁹ Mit dem Gesetz zur Einsetzung eines Staatskommissars in der Hauptstadt Berlin, das erst anderthalb Monate nach der Schaffung des Amtes erlassen wurde, erhielt Lippert gegenüber Sahm ein umfassendes Kontroll- und Einspruchsrecht und übernahm damit de facto die Aufgabe eines Regierungspräsidenten. Entsprechend erhielt er vom Polizeipräsidenten einen Teil von dessen Kompetenzen und bekam einige Befugnisse des Oberpräsidenten zugesprochen. In der preußischen Innenverwaltung herrschte dabei längst Einigkeit, dass die Kommissare ihren Zweck erfüllt hätten und die Dienstgeschäfte wieder in die Hände planmäßiger Beamter gelegt werden sollten. Auch Göring stimmte im Oktober 1933 der Reduzierung der Sonderbevollmächtigten zu, bestätigte aber, dass einige Kommissare – darunter auch Lippert – „rechtmäßig eine amtliche Tätigkeit“ ausübten. ¹⁰

Hintergrund der – wie der Bund der oberen Verwaltungsbeamten der Stadt Berlin betonte – „eigenartigen“ Konstruktion des Staatskommissariats war, dass Sahm unantastbar war, solange der greise Reichspräsident Hindenburg noch lebte und er sich diesem anboterte. ¹¹ Berlin war deshalb eine von nur acht der insgesamt 51 deutschen Großstädte, in denen der Oberbürgermeister im Frühjahr 1933 nicht ausgetauscht wurde. Das Staatskommissariat ermöglichte den Nationalsozialisten gleichwohl, an Sahm vorbei direkt in die Belange der Stadt hineinzuregieren. Ausgerechnet Lippert mit dem Kommissariat zu betrauen schien folgerichtig, weil dieser sich als Fraktionsführer der NSDAP im Stadtparlament einen Namen gemacht hatte. Außerdem war die Personaldecke der Partei im Hinblick auf halbwegs ministrable Personen dünn. Goebbels selbst hätte diese Position nicht übernehmen können, da er am 14. März 1933 – am Tag nach Lipperts Einzug ins Rote Rathaus – zum Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda bestellt wurde.

Kaum etabliert, forderte Lippert öffentlich, Berlin „aus der allgemeinen preußischen Verwaltung“ herauszulösen und eine freistaatliche Verfassung auszuarbeiten. Tatsächlich wurde Berlin im Dezember 1933 ausdrücklich aus der neuen preußischen Gemeindeverfassung ausgenommen. Parallel hierzu wurden im Dezember 1933 und März 1934 sukzessive die Obliegenheiten des Oberpräsidenten auf Lippert übertragen. Damit wurde das Staatskommissariat zu einem Verwaltungsorgan, während Berlin faktisch den Status einer preußischen Provinz erhielt. Doch damit war die Umgestaltung der Verfassung Berlins keineswegs beendet. Da in den verschiedenen Gesetzesakten die Zuständigkeiten von Zentral- und Bezirksverwaltung nicht klar abgegrenzt worden waren, wurde Ende Juni 1934 das Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin verkündet – auch dies eine „Übergangslösung“, wie ein zeitgenössischer Kommentar unterstrich.¹²

Wenig überraschend war die Ausdehnung von Lipperts Macht von stetigen Konflikten mit Sahlmann begleitet. In einem Untertitel eines Berichts über die „Spitzen der Stadt“ brachte das ehemals liberale *Berliner Tageblatt* die paradoxe Situation wenige Wochen nach Hindenburgs Tod im August 1934 eher unfreiwillig auf den Punkt: „Der Oberbürgermeister der erste Mann – nach dem Staatskommissar“.¹³ Spätestens als Reichsinnenminister Wilhelm Frick im Sportpalast die Zusammenlegung von Oberbürgermeisteramt und Staatskommissariat ankündigte, begann Sahlmann zu begreifen, dass seine Position unhaltbar geworden war. Nachdem ihm dann auch noch zur Last gelegt worden war, in jüdischen Geschäften eingekauft zu haben, nahm er Anfang Dezember 1935 seinen Hut – als vorletzter frei gewählter Bürgermeister einer deutschen Großstadt.¹⁴ Auf einer Pressekonferenz erklärte Lippert am 10. Dezember 1935, dass dadurch „auf personellem Gebiet die Bahn für eine gesetzliche Regelung frei geworden ist, die unter dem Schlagwort ‚Beseitigung des Dualismus in der Berliner Verwaltung‘ bereits präzisiert wurde“ und kündigte ein entsprechendes Gesetz für den 30. Januar 1936 an.¹⁵ Das Gesetz allerdings verzögerte sich, sodass Lippert Anfang 1936 zunächst kommissarisch und im Hinblick auf die Olympischen Spiele dann Ende Juni 1936 auch regulär zum Oberbürgermeister Berlins ernannt wurde.

Das Gesetz über die Verfassung und die Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin wurde schließlich am 2. Dezember 1936 verkündet und das Amt des Staatskommissars mit dem des Oberbürgermeisters zusammengeführt. Es entstand eine Behörde, welche „die Zuständigkeiten eines Oberpräsidenten und eines Regierungspräsidenten vereinigt“.¹⁶ In Anlehnung an die preußische Nomenklatur führte der Amtsinhaber den Titel „Stadtpräsident“. Verwaltungsrechtlich war diese Konstruktion ein Albtraum, weil damit die Aufsichtsbehörde mit der zu beaufsichtigenden Behörde verschmolzen wurde. Lippert wurde am 5. Januar 1937 zum Stadtpräsidenten ernannt und konnte zwei seiner engsten Mitarbeiter als Stellvertreter durchsetzen: Während Ludwig Steeg die Leitung des Oberbürgermeisteramtes übernahm, wurde Broder Schamvogel nach einer Übergangsfrist zum Vizepräsidenten ernannt. Wie so oft waren somit bürokratische Strukturen an das bereitstehende Personal angepasst worden. In einer für den Nationalsozialismus typischen Weise war gleichzeitig aus einem per Definition zeitlich begrenzten Kommissariat ein unbefristetes Amt geworden.¹⁷

Die Bruchstellen staatlicher und städtischer Verwaltung – im Kern ein Konflikt zwischen ausführenden und aufsichtführenden Instanzen – konnte jedoch auch die Vereinigung der Ämter nicht beseitigen. Rückblickend schrieb Vizepräsident Schamvogel im Mai 1944 an Reichsinnenminister Heinrich Himmler, dass die „Auseinandersetzungen zwischen der staatlichen und der städtischen Verwaltung in Berlin um die totalitäre Führung der Geschäfte“ seit 1940 „immer schärfere Formen“ angenommen hätten.¹⁸ So wurde das Amt des Oberbürgermeisters im Jahr 1944 wieder von dem des Oberpräsidenten getrennt. Als dies am 1. April 1944 per Führererlass geschah, übernahm Goebbels sozusagen standesgemäß die Rolle des Oberpräsidenten. Zum Regierungspräsidenten wurde der von der Gauleitung geförderte ehemalige Bezirksbürgermeister von Wilmersdorf, Wilhelm Petzke, ernannt. Ludwig Steeg verblieb der Posten des Oberbürgermeisters. Er wurde im Februar 1945 offiziell im Amt bestätigt – kurz bevor die Rote Armee zum Sturm auf die Stadt antrat.¹⁹



Als fleißiger Beamter unter dem Bild Hitlers präsentiert sich Julius Lippert (sitzend) zusammen mit seinem persönlichen Referenten Ludwig Steeg der Presse. Foto von Max Ehlert für die Zeitschrift *Zeitbilder* (30/1933).

Die Stellung Lipperts blieb jedoch auch aus anderen Gründen durchweg prekär. Seit Mitte der 1930er-Jahre hatte sich als Regel durchgesetzt, dass die Gauleiter die Funktion des Oberpräsidenten wahrnahmen. Nun hatte Lippert zwar die Funktion eines Oberpräsidenten, war aber kein Gauleiter. Wohl auch deshalb hatte sich Goebbels, wie ein zeitgenössischer Kommentar betonte, im Gesetz über die Verfassung und die Verwaltung der Reichshauptstadt Berlin „erheblich weitergehende Befugnisse als sonst übertragen“ lassen.

Bedrohlicher als Goebbels war für Lippert allerdings, dass Hitler den ebenso ehrgeizigen wie durchsetzungsfähigen Albert Speer mit den Planungen zum Ausbau Berlins betraute und diesen am 30. Januar 1937 zum Generalbauinspektor für die Reichshauptstadt (GBI) mit weitreichenden Kompetenzen ernannte. → Vgl. Kapitel „Am Reißbrett“ Der GBI baute seine Kompetenzen konsequent aus und steckte fast im Wochenrhythmus im Dienstblatt der Stadt Berlin neue inhaltliche oder territoriale Claims ab. Nachdem Speer im

April 1940 zunächst den ehemaligen Stadtkämmerer Berlins, Karl Maria Hettlage, in seine Behörde übernommen hatte, brachte er im Juli 1940 den Stadtpräsidenten mit einer gezielten Demütigung zum Rücktritt. Lippert, der Ende 1937 nicht nur an einem Offizierslehrgang teilgenommen, sondern auch darauf bestanden hatte, im Falle der Mobilisierung nicht vom Kriegseinsatz freigestellt zu werden, kehrte nun, wie das Innenministerium vermerkte, „wieder zur Truppe zurück“. Auf den Wunsch Hitlers wurde die „Neubesetzung der Berliner Oberbürgermeisterstelle vorläufig aufgeschoben“ und der Rücktritt nicht publiziert.²⁰

STÄDTISCHE GESELLSCHAFTEN, STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG UND BEZIRKE

Parallel zur Aushöhlung der obersten Verwaltungsstrukturen kam es auch in den städtischen Gesellschaften, der Stadtverordnetenversammlung und in den Bezirken zu massiven Eingriffen. In den städtischen Gesellschaften – wie der BVG, der Hafengesellschaft BEHALA oder dem Messe-, Ausstellungs- und Fremdenverkehrsamt – wurden nicht nur viele Mitarbeiter*innen unter politischen und rassistischen Vorzeichen entlassen, sondern auch die Zahl der Gesellschaften reduziert. Die städtischen Gesellschaften als kommunale Unternehmen galten als sozialdemokratische Vorzeigeprojekte der Ära ab 1920. Sie waren sozial und wirtschaftlich extrem förderlich für die Entwicklung Berlins und konnten nun nicht einfach abgeschafft, sondern sollten zu nationalsozialistischen Musterbetrieben umgestaltet werden.²¹

Am 1. April 1933 – dem Tag der reichsweiten Blockade jüdischer Gewerbebetriebe, Arztpraxen und Anwaltskanzleien, die offiziell als „Boykott“ bezeichnet wurde – fand die konstituierende Sitzung des neu gewählten städtischen Parlaments statt. Dabei verwies der zum Vorsteher gewählte nationalsozialistische Abgeordnete Karl Spiewok zwar ausdrücklich darauf, dass die Stadtverord-

netenversammlung das „drittgrößte [...] deutsche [...] Parlament“ sei,²² doch fand dessen letzte Sitzung am 27. Juni 1933 statt. Die Stadtverordnetenversammlung wurde mit dem Gesetz über die vorläufige Vereinfachung der Verwaltung der Hauptstadt Berlin Ende September 1933 aufgelöst. An ihre Stelle trat – wie in anderen Städten auch – ein Kollegium von 45 Ratsherren, das beratende Funktionen haben sollte und vom Gauleiter ernannt wurde. Ein notabene in den Berichten der Exil-SPD überliefertes Protokoll einer Ratsherrensitzung bezeugt den neuen Politikstil nassforsch-brutaler, antisemitischer Biertischdialoge. So wurde am 3. Juni 1936 beratschlagt, wie Juden der Zutritt zum Strandbad Wannsee verwehrt werden könnte. Dabei erläuterte Lippert sein Konzept einer „geschickt formulierten Selbsthilfe“, bei der SA- oder SS-Männer jüdischen Badegästen im Wald auflauerten und „dann das Nötigste eröffne[n]“ und erntete damit „Heiterkeit“.²³

Von März 1933 an griff Lippert – trotz einigen Protests – auch in die Bezirke ein und sorgte dafür, dass 16 der 20 Bezirksbürgermeister von Sahn entlassen wurden. Im Sommer 1933 amtierten nur noch in Charlottenburg, Pankow, Tempelhof und Wilmersdorf gewählte Amtsinhaber, die freilich sämtlich der DNVP angehörten und im Laufe der nächsten Jahre durch NS-Parteigänger ersetzt wurden. Ab September 1933 wurden „die Vorsitzenden der Bezirksämter“ vom Oberbürgermeister ernannt und zugleich die Stadtverordnetenversammlungen offiziell aufgelöst.²⁴ Das Gesetz über die Verfassung der Hauptstadt Berlin vom 29. Juni 1934 beseitigte die letzten Reste demokratischer Verwaltung auf Bezirksebene, rüttelte jedoch nicht an der prinzipiellen Stellung der Bezirke.²⁵

Im Zuge der Kriegsvorbereitungen wurden im August 1939 in den Bezirken Ernährungs- und Wirtschaftsämter gegründet, welche die Zuteilung von Lebensmittelkarten überwachten. Gleichzeitig wurden mit der Verordnung über die Wirtschaftsverwaltung allerdings zentrale Wirtschaftskompetenzen auf den Gauleiter in der Provinz Brandenburg übertragen, der parallel hierzu zum Reichsverteidigungskommissar des Wehrkreises III wurde, in dem Berlin lag. Hierdurch fühlte sich jedoch Goebbels zurückgesetzt

und erreichte im Juni 1940, dass in den Bezirken Wirtschaftsämter gegründet wurden, die dem Stadtpräsidenten unterstellt wurden. Die so geschaffenen Verwaltungsstrukturen „bewährten“ sich im Krieg. So wurden die dezentralen Strukturen einerseits durch ein informelles Informationssystem gestärkt, während ein neu eingerichtetes „Amt für Sonderaufgaben“ die Koordination zwischen den Bezirken und mit der Zentralverwaltung besorgte.²⁶

„SÄUBERUNGEN“ IM ÖFFENTLICHEN DIENST

Noch bevor es dazu eine gesetzliche Handhabe gab, begann Lippert mit einem großen politisch-rassistischen Personalrevirement. „Das Eindringen einer Unmenge von ungeeigneten Elementen in die städtische Verwaltung“, erklärte er nach fünf Wochen im Amt, „habe es nötig gemacht, mit sofortiger Säuberung schon vor einer gesetzlichen Regelung zu beginnen“.²⁷ Wie dies vor sich ging, kann am Fall des altgedienten Markthallendirektors Paul Morawski anschaulich nachgezeichnet werden. Bezeichnenderweise war es einer seiner engsten Mitarbeiter, der schon Anfang März 1933 Anschuldigungen erhob, dass Morawskis Haltung „zu der politischen Umgestaltung der letzten Jahre infolge des Anwachsens der NSDAP nicht günstig gewesen“ sei.²⁸ So habe der Markthallendirektor Nationalsozialisten strafversetzt und es geduldet, dass Stände an Juden vergeben worden seien. Als Sahm auf eine erste Eingabe nicht antwortete, wandte sich der Denunziant an den Gauwirtschaftsberater Heinrich Hunke. Dieser nahm sich der Sache sofort an. Am 15. März bezichtigte er in einem Brief an Lippert den Markthallendirektor der Misswirtschaft während des Ersten Weltkriegs und warf ihm außerdem vor, die Anbringung eines großen Plakates mit der Aufschrift „Deutsche kauft nur bei Deutschen“ in der Zentralmarkthalle abgelehnt zu haben. Obwohl Morawski damit nur der offiziellen Linie der Reichsregierung gefolgt war, hatte sein Gegner Erfolg: „Auf Anregung des Staatskommissars Dr. Lippert“ wurde Morawski am

27. März 1933 entlassen und sein Gegner zum Nachfolger ernannt.²⁹ Dabei bekam der neue Markthallendirektor den Auftrag, seine Verwaltung von „unfähigen Elementen zu säubern“. Er sorgte dafür, dass in der Zentralmarkthalle das umstrittene Plakat noch bis August 1933 an prominenter Stelle hing.³⁰

Auch in den Bezirksämtern waren Denunziationen – oft ebenfalls aus karrieristischen Motiven – gang und gäbe. Für eine Stenotypistin des Bezirksamtes Wedding bedeutete der Vorwurf einer Kollegin, sie habe Ende Februar 1933 gesagt „Sie sind ja Nazi, pfui schämen Sie sich“, die Entlassung.³¹ Der Bezirksbürgermeister ging umstandslos davon aus, dass die Entlassene „ohne Zweifel mehreren marxistischen Organisationen“ angehört habe.³² Wenn sich politische und rassistische Motive vermengten, gingen die Entlassungen mit brutaler Gewalt einher. So wurde der sozialdemokratische Bürgermeister von Kreuzberg, Carl Herz, von der SA mit einem Schild um den Hals, das ihn als Juden diffamierte, aus dem Bezirksamt verschleppt und misshandelt. Die Verkündung des Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums mit seiner weiten Definition der Menschen, die als Juden zu entlassen seien, verstärkte die destruktive Dynamik im April 1933 noch einmal. Da hierdurch „die Möglichkeit ordnungsmäßiger Führung der Verwaltungsgeschäfte“ gefährdet wurde, befahl Göring Ende Mai, Entlassungen nur noch ausnahmsweise durchzuführen. Dessen ungeachtet erklärte Lippert erst am 18. Juli 1933, dass die Entlassungen „im großen und ganzen beendet“ seien.³³

Alles in allem wurden in Berlin rund 350 Beamte aus der Hauptverwaltung und 900 aus den Bezirksverwaltungen entlassen. Dies entsprach fünf Prozent aller städtischen Beamten. Deutlich darüber lagen die Entlassungsquoten mit etwa zehn Prozent bei den von der Kommune beschäftigten Arbeitern und mit 24,4 Prozent bei den Angestellten. Insgesamt wurden damit in Berlin weit mehr Beschäftigte entlassen als in den meisten anderen Städten des Reichs. Während die Zahl der Beamten bis 1938 kontinuierlich abnahm, stieg die Zahl der Angestellten allein zwischen 1934 und 1936 von 9204 auf knapp 11 000. Obgleich Angaben für die Folgejahre

nicht überliefert sind und Zahlen zu den städtischen Arbeitern fehlen, ist doch für die Vorkriegszeit insgesamt von einer deutlichen Ausweitung des städtischen Apparates durch die Schaffung neuer Angestelltenstellen auszugehen.

Bei Neueinstellungen gab Lippert schon im Juni 1933 vor, dass „die alten Kämpfer der nationalsozialistischen Bewegung, soweit sie im Einzelfalle geeignet sind, unter allen Umständen berücksichtigt werden“ sollten.³⁴ In der Folge kam es zu einem Sturm auf die Ämter und zu Missständen, die das Bezirksamt Neukölln im September 1933 in einem Brief an Sahm zusammenfasste: „Die Angelegenheit der Einstellung des Ersatzes für gekündigte Arbeitnehmer beginnt, sich zu einem unhaltbaren Zustande zu entwickeln. Ungezählte Gesuche liegen vor, täglich kommen neue hinzu. Wir hatten uns bemüht, aus den Angeboten die ältesten Parteigenossen zu ermitteln. Nicht immer sind die Älteren die Geeigneten. Unter den Parteigenossen entstehen Zwietracht und Redereien, die sich gegen die Personalleitung der Verwaltung wenden, sobald aus Gründen, die ein Abgewiesener nicht versteht, jemand eingestellt wurde, der weniger lange Mitglied ist. Zahlreiche Bewerber erscheinen in brauner Uniform und fordern Beschäftigung. Bei Nachfrage ergibt sich nur zu oft, dass es sich durchaus nicht immer um ‚alte Kämpfer‘ handelt.“³⁵

Als Lösung für das Problem schlug das Bezirksamt vor, die Einstellung über eine beim Landesarbeitsamt gegründete und von SA, SS und Gau paritätisch besetzte Zentralstelle zu koordinieren, die als „Sonderaktion“ firmierte. Die neue Abteilung ignorierte die vorgegebenen Einschränkungen von Parteigenossen, sodass bis zum April 1935 mindestens 8000 langjährige Parteimitglieder eine Stelle in der Haupt- bzw. den Bezirksverwaltungen oder den städtischen Betrieben zugeschanzt bekamen.³⁶

Dass diese massiven Eingriffe die Arbeit der städtischen Verwaltung behinderten, ist offensichtlich. Denn die politischen Intrigen erreichten im Frühjahr 1933 fast jeden Winkel der Verwaltung. Im September 1933 beschwerte sich ein Parteifunktionär – der bei der Berliner Müllabfuhr untergekommen war, obwohl gegen ihn noch ein parteiinternes Untersuchungsverfahren lief – bei